

Position: **Staatsapparat**

► **Mehr Verwaltungstätigkeiten, höhere Personalkosten, stärkeres Wachstum als der Privatsektor: Die öffentliche Verwaltung ist in den letzten Jahren unnötigen angewachsen.**

Ein effizienter Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken!

Die Covid-19-Pandemie hat die arbeitsteilige Weltwirtschaft auf den Kopf gestellt. Betriebe diverser Branchen mussten auf Geheiss ihrer Regierung vorübergehend schliessen, oder aus der Folge ganz einstellen.

Dank Kurzarbeit blieb die Schweiz bislang von Massenentlassungen verschont. Doch die tatsächlichen Auswirkungen von Corona auf den Privatsektor werden sich erst nach Auslauf der Kurzarbeitsentschädigungen zeigen.

Nach der grossen Rezession, der Eurokrise und der Frankenstärke könnten sich Schweizer Firmen abermals dazu gezwungen sehen, ihre Abläufe zu optimieren, also noch effizienter zu werden.

Generiert die Privatwirtschaft mittels solcher Fitnessprogramme laufend Wertschöpfung, stellt sich die Frage, wie es um die öffentliche Hand und im speziellen um deren Verwaltung steht. Als kurze Antwort: **Sie wächst und wächst – absolut wie relativ nach allen verfügbaren Indikatoren.**

► **Zwanzig Prozent Stellenwachstum in zehn Jahren**

Zählte die Schweiz 1995 rund 58 000 öffentliche Verwaltungsangestellte, so stieg deren Anzahl bis ins Jahr 2018 auf über 88 000 Personen an.

Allein seit 2008 beträgt das Stellenwachstum über 20 Prozent. (Abb 1)

Bundesweit arbeiteten im Jahr 2019 rund 37 000 Personen in der Bundesverwaltung – ein Plus von 5000 Personen gegenüber 2007. Bis nächstes Jahr dürfte die Bundesverwaltung um weitere 1000 Personen wachsen. (Abb 2)

Datenquelle: BZ STATENT

Abb. 1 Verwaltungsangestellte in Vollzeitäquivalenten

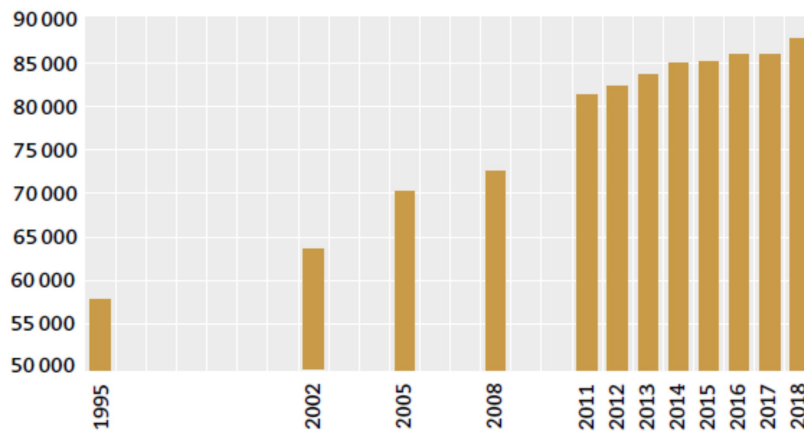
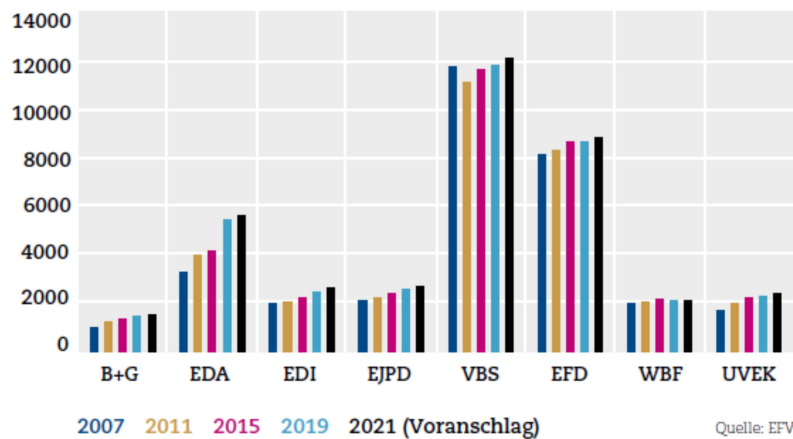


Abb. 2 Vollzeitangestellte beim Bund nach Departementen



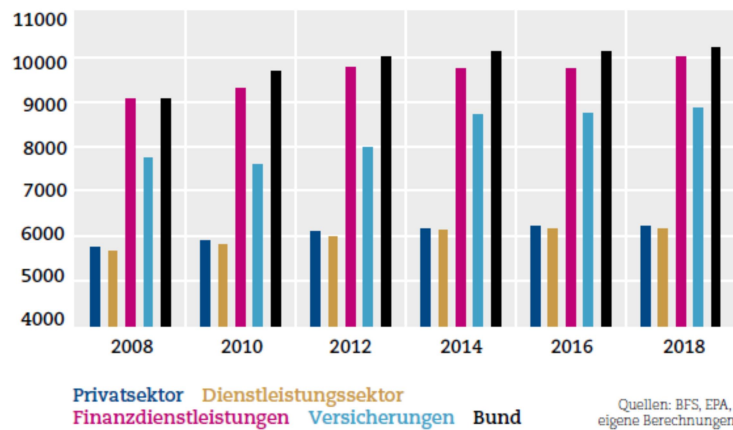
► Lohnentwicklung

Gesamthaft ist das durchschnittliche Salär beim Bund zwischen 2008 und 2019 um 13,5 Prozent angestiegen.

Das Lohnsystem mit seinen Lohnklassen ist bundesweit geregelt. Die Lohntabelle gliedert sich in 38 Lohnklassen.

Um einen groben Link zur Privatwirtschaft herstellen zu können, zeigt Abbildung 3 die Lohnentwicklung für die Bundesverwaltung, den Privatsektor, den Dienstleistungssektor sowie die Finanz- und Versicherungsindustrie als jene Branchen, die mit den Tätigkeiten in der Bundesverwaltung am ehesten vergleichbar sind.

Abb. 3 Monatlicher Bruttolohn in Franken



Die Höhe des Lohnes hat aber gesondert betrachtet keine Aussagekraft. Entscheidend ist die Produktivität – die auf einem kompetitiven Arbeitsmarkt theoretisch dem Lohn entsprechen müsste. Die Produktivitätsbestimmung in der Verwaltung ist jedoch schwierig.

Dennoch ist der Trend eindrücklich: Die Verwaltung wächst weit überdurchschnittlich und die Löhne sind hoch. Hinzu kommt die sehr hohe Arbeitsplatzsicherheit bei der öffentlichen Hand.

Was bedeutet diese Entwicklung für die Schweiz, für die Gesellschaft und die Politik?

- ▶ Ansteigen der Bürokratie und des Bewilligungswesens
- ▶ weniger gut ausgebildete Hochschulabgänger für die Wirtschaft
- ▶ Beeinflussung der politischen Strukturen und Entscheidungsfindung

► Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft

- **Erstens:** Es kann eine Zunahme des administrativen Aufwands beobachtet werden: Die Anzahl Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Leitfäden hat in den vergangenen Jahren parallel zum Wachstum der Verwaltung zugenommen.

So schätzt der Bürokratiemonitor 2018 im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) die **administrativen Kosten** aufgrund staatlicher Vorschriften allein bei kleinen und mittleren Unternehmen (3 bis 250 Mitarbeiter) auf fast **6 Milliarden Franken pro Jahr**.

Auch der internationalen Vergleich stimmt bedenklich:

Im «Ease of Doing Business»-Ranking der Weltbank fällt die Schweiz zurück.

Im Jahr 2005 resultierte für die Schweiz noch Platz 11.

In der neusten Erhebung liegt sie auf **Platz 36** – **hinter Frankreich, der Türkei und Aserbaidschan**.

Zuoberst rangieren Neuseeland, Singapur, Hongkong, Dänemark und Südkorea.

- **Zweitens:** Viele gute Löhne im öffentlichen wie im privaten Bereich sind gerechtfertigt. Aber die relative Verschiebung zugunsten des öffentlichen Bereichs führt dazu, dass gerade Hochschulabsolventen vermehrt den Staat als bevorzugten Arbeitgeber wählen.

Knapp 10 Prozent aller Personen mit einem universitären Abschluss arbeiten fünf Jahre nach Studienabschluss in der öffentlichen Verwaltung.

Das wird für die Privatwirtschaft dann zum Problem, wenn der öffentliche Bereich Löhne über den Marktlöhnen anbietet.

- **Drittens** wird die absolute und relative Ausdehnung des öffentlichen Bereichs nicht ohne Folgen in der Politik bleiben. Sei dies direkt bei Wahlen und Abstimmungen über das tendenzielle Verschieben der politischen Kräfte hin zu mehr Interessensvertretung des Staates oder sei dies indirekt über die Abhängigkeit der Legislative und der Exekutive von der Expertise der öffentlichen Verwaltung.

Man kann dies befürworten im Sinne einer Professionalisierung der Politik.

Man kann dies aber durchaus auch kritisch sehen, im freiheitlich liberalen

Sinn als ein Zurückdrängen des genossenschaftlichen Milizprinzips in der Politik.

Ludwig Loretz



Andermatt, 11. Januar 2021